

Jugoslawien: „Jeder kämpft gegen jeden“

Vor dem Hintergrund einer schweren Wirtschaftskrise drohen die nationalen Rivalitäten Jugoslawien zu sprengen. Das Militär ist alarmiert und bereit zum Eingreifen.

Ein ZK-Plenum der Staatspartei unternimmt diesen Montag den fast aussichtslosen Versuch, die Selbstzerstörung des Vielvölkerstaats in letzter Minute zu verhindern.

Erstmals seit dem Sommer wurde der bisher unbehinderte „Marsch der Šajkača“ durch Jugoslawiens Provinzen gestoppt.

Als die Demonstranten – die meisten von ihnen zum Zeichen ihrer national-serbischen Gesinnung mit der alten serbischen Soldatenmütze, der „Šajkača“ – am vorletzten Samstag im montenegrinischen Titograd das Parlament stürmen wollten, schlug die Polizei zurück. Der Angriff der 30 000 wütenden „Šajkača“-Leute mißlang.

Am Sonntagabend, zur besten Sendezeit, sprach der jugoslawische Staatspräsident, der Bosnier Raif Dizdarević, 61, über alle Rundfunk- und Fernsehsender

des Landes; zum ersten Mal seit dem Tod Titos vor acht Jahren wandte sich ein jugoslawisches Staatsoberhaupt direkt ans Volk.

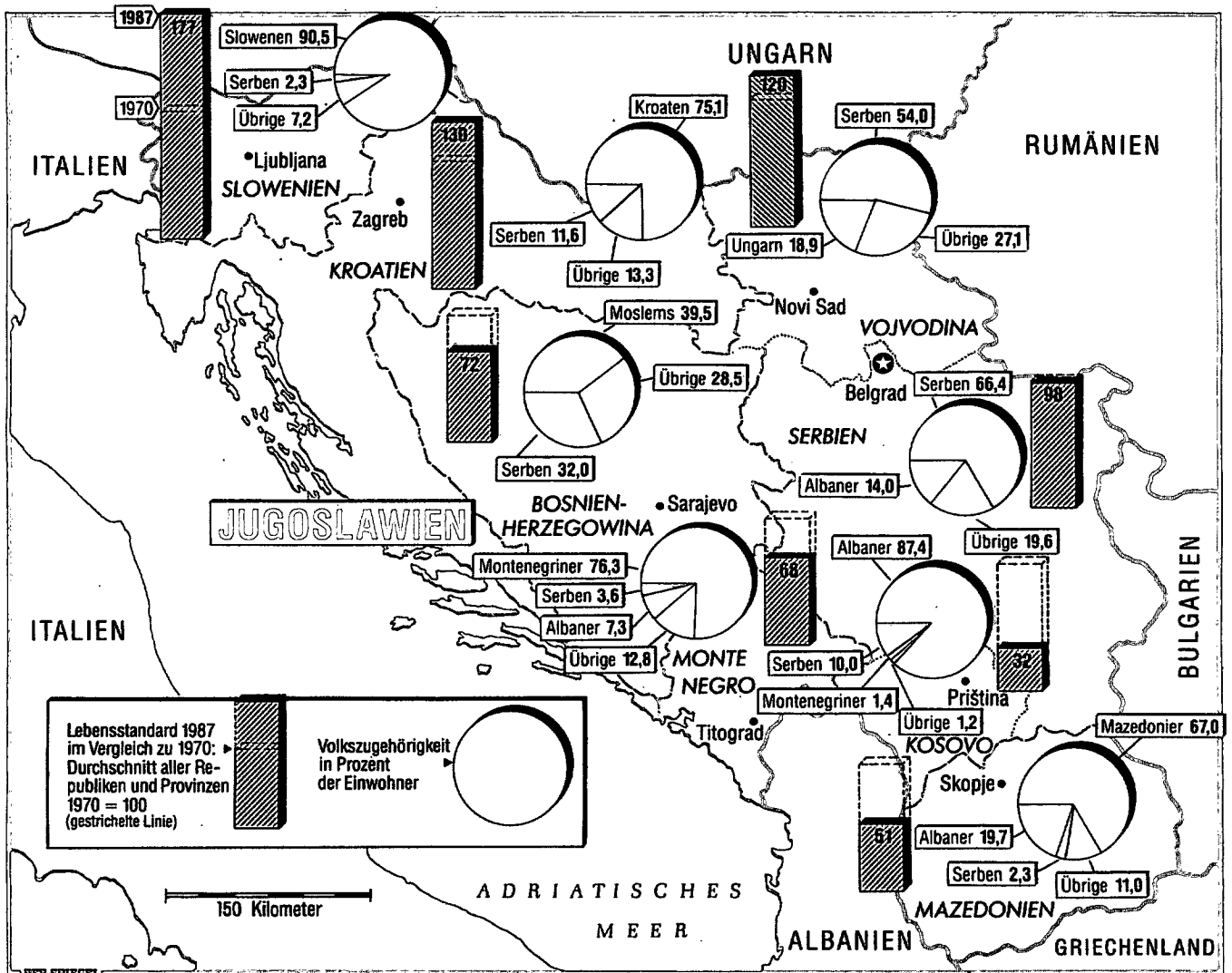
Mit Leichenbittermiene räumte der Staatschef ein, es gebe genügend Gründe, in Jugoslawien unzufrieden und zornig zu sein: Die Inflation habe die 200-Prozent-Marke überschritten, der Lebensstandard sei auf das Niveau von vor zwölf Jahren abgesunken, es fehle an Arbeitsplätzen, das von der Regierung geplante Sparprogramm zwinge die Bevölkerung zum Protest.

Doch Massendemonstrationen stellten nur das Funktionieren des gesellschaftlichen Systems in Frage – notfalls

werde er „außergewöhnliche Maßnahmen“ ergreifen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Was für Maßnahmen das konkret sind, ließ der alte Bosnier offen. Aber weil der Staatspräsident laut Verfassung auch Oberkommandierender der Streitkräfte ist, dachten die meisten Jugoslawen an einen drohenden Einsatz der Armee.

Tatsächlich wurde für die Streitkräfte die „Alarmstufe eins“ ausgerufen und die Mobilmachung von mehr Reservisten verfügt als üblich. Auch wenn das Militär bis Ende voriger Woche in den Kasernen blieb – die größte Krise in der Nachkriegsgeschichte des Vielvölker-



staats Jugoslawien mit seiner hochkomplizierten föderativen Verfassung schien erst noch bevorzuzustehen.

Ängstlich starteten Jugoslawen aller sechs Republiken und der zwei autonomen Provinzen auf den Montag dieser Woche, an dem das Plenum des Zentralkomitees der Gesamtstaatspartei in Belgrad zusammentrifft – zu dem fast aussichtslosen Versuch, die Selbstzerstörung Jugoslawiens durch die aufgebrochenen nationalen Rivalitäten in letzter Minute noch zu verhindern.

Aus dem lange schwelenden Streit um eine längst fällige Verfassungsänderung und ein praktikables Wirtschaftsprogramm sei „ein Kampf jeder gegen jeden, dazu noch nahezu jeder mit einem anderen Motiv“ geworden, klagte der slowenische Parteichef Milan Kučan.

Ein uralter Nationalitätenkonflikt an der Schwelle des Jahres 2000: Bei der aktuellen Auseinandersetzung wirken Emotionen, Verdächtigungen und Falschmeldungen stärker als jedes vernünftige Argument.

Der Anlaß sind militante Massendemonstrationen des größten Volkes der Föderation, der Serben, die den beiden Provinzen Kosovo und Vojvodina ihre bisherige begrenzte Autonomie nehmen und sie der Polizeigewalt Serbiens unterstellen wollen – im Prinzip seit Ende September eine beschlossene Sache.

Sowohl die Bundesregierung wie auch das Parteipräsidium des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ haben der serbischen Forderung bereits nachgegeben und wollen schon am Mittwoch für den Anschluß der Gebiete an Serbien stimmen. Wahrscheinlich bekommt der großserbische Volkswille, mobilisiert und hochgeputzt von dem serbischen Parteichef Slobodan Milošević, 47, im Präsidium der Partei sogar die glatte Mehrheit.

Die KP-Führung der Vojvodina trat unter massivem serbischen Druck schon zurück, die des Kosovo sträubte sich noch. Stipe Šušteršič, ein konservativer Kroat und turnusgemäß zur Zeit Vorsitzender der 23 Spitzengenie, hat inzwischen über das Fernsehen gedroht, wer eine andere Meinung vertrete, müsse als „Saboteur der Einheit“ gelten.

Anderer Meinung sind vor allem die Slowenen, ferner die Kroaten und Bosnier, die den glatten Durchmarsch des Groß-Serben Milošević aus Furcht vor serbischer Hegemonie noch stoppen wollen: Er brachte das vom Staatsgründer Josip Broz Tito nach dem Zweiten Weltkrieg kunstvoll geschaffene Gleichgewicht im Vielvölkerstaat durcheinander.

Besorgt meldeten sich vorige Woche auch die Nachbarstaaten Albanien und Ungarn, denen die Einvernahme der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo und der ungarischen Minderheit in der Vojvodina durch Serbien nicht gleichgültig ist.



Serben-Führer Milošević, Belgrader Arbeiter: Protest gegen goldene Bonzen

Trotz aller innen- und außenpolitischen Proteste schienen den Spitzengenie aus dem Staats- und Parteipräsidium, aus Regierung und der Skupština, dem jugoslawischen Parlament – im Volk die „hundert goldenen Bonzen“ genannt –, kaum ein anderer Weg zu bleiben: Entweder sie erfüllen die Forderungen von Milošević, oder der läßt seinen großserbischen Mob gegen sie marschieren. Gerüchte über einen drohenden Militärputsch heizten das Klima auf.

Jahrelang hatten die Politiker den Konflikt zwischen Serben und Albanern im Kosovo mißachtet, die Wirtschaft mit immer neuen unrealistischen Programmen heruntergebracht, nicht funktionierende Fabriken gebaut und Steuergelder verschleudert; hatten durch Millionen-Skandale und Korruptions-Affären von sich reden gemacht.

Damit soll es nun vorbei sein. Präsident Šušteršič hat bereits angekündigt, er werde auf der Montagssitzung in Belgrad die persönliche Verantwortung aller 165 ZK-Mitglieder zur Debatte stellen. Mindestens 30 Prozent von ihnen, so seine Schätzung, dürften die Inquisition nicht überstehen.

Der einzige, der die Kritik der Massen, korrupt und unfähig zu sein, nicht zu scheuen braucht, ist Milošević. Seine Kollegen im Präsidium fürchten ihn zwar mehr, als daß sie ihn lieben, doch über ihn gibt es keine Affären-Dossiers, nicht mal Gerüchte.

Und der populistische Groß-Serbe, ehemals Chefideologe an der Belgrader Universität, dann Staatsbankier, will nach den ersten Erfolgen mehr. Nachdem seinem aufgeputzten Anhang schon vorgewiesen werden kann, wie schnell sich die Macht der Serben erwei-

tern läßt, möchte er als „neuer Tito“ auch den übrigen Republiken den serbischen Weg zur jugoslawischen Einheit diktieren.

Dazu hat Milošević eine Namensliste aller Politiker aufgestellt, die sich den serbischen Ambitionen bisher widersetzt hätten und deshalb gefeuert werden müßten. Im Kosovo sind es drei Spitzenpolitiker, darunter auch der Serbe Svetislav Dolašević, der für Ausschreitungen der Albaner gegenüber der serbischen Minderheit in dieser Provinz mitverantwortlich sein soll.

In Slowenien, dem einzigen noch ernst zu nehmenden Gegner der Serben im Vielvölkerstaat, zielt Milošević auf zwei Spitzenfunktionäre, dabei auch Stane Dolanc, Titos einstiger Kronprinz, inzwischen Vizechef im Belgrader Staatspräsidium. In Kroatien stört den Serben der ehemalige Außenminister Josip Vrhovec, weil der in aller Öffentlichkeit Miloševićs Methoden mit denen der Faschisten verglich.

Ausgerechnet in der vorigen Woche wurde im Belgrader Parlament ein neuer Finanzskandal enthüllt, wonach das Organisationskomitee für das Studentensportfest im kroatischen Zagreb Gelder in Höhe von mindestens fünf Millionen Dollar unterschlagen haben soll. Chef des Komitees: Josip Vrhovec.

Die Republik Bosnien-Herzegowina zog sich den Zorn des Groß-Serben zu, weil sie serbische Protestmärsche auf ihrem Gebiet nicht gestattet hatte. Zudem kommt Jugoslawien-Premier Branko Mikulić aus Bosnien: Auf ihm lastet die Verantwortung für die richtungslose Wirtschaftspolitik.

In der Forderung, den glücklosen Mikulić zu stürzen, ziehen sogar Serben,

Slowenen und Kroaten trotz aller sonstigen Gegensätze an einem Strang. Die Führung von Montenegro, die ohnehin schon laut überlegt, ob es beim niedrigen Lebensstandard des Bundeslandes nicht günstiger wäre, zum reicheren Serbien zu gehören, wird, wie das noch ärmere Mazedonien, kein Veto einlegen.

Milošević hat für die Wirtschaft bereits in Konkurrenz zur Regierung eine eigene Kommission gegründet, deren Pläne in den wichtigsten Punkten sogar mit den slowenischen identisch sind: Mehr wirtschaftliche Selbständigkeit für die Teilrepubliken, weniger Bürokratie, harte Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, Zulassung auch größerer privater Betriebe und ausländischer Beteiligungen.

Die Slowenen wollen noch viel weitergehen, etwa gegen ein einheitliches Steuersystem; sie verlangen Mitsprache bei der Landesverteidigung. Um diesen Widerstand niederzuwalzen, scheute Milošević auch politische Hetze nicht. Man höre, so der Serbe vor seinem ZK, aus Slowenien die Meinung, die Republik solle sich der EG anschließen und die südlichen Teile Jugoslawiens „Asien“ überlassen – ein absurdes, in Serbien aber gern geglaubtes Polit-Märchen.

Der slowenische Schriftsteller Cyril Zlobec hingegen fürchtet, daß Belgrad kein sicherer Ort mehr sei, wo man über Verfassungsänderungen noch diskutieren könne: „Als Andersdenkender ist man in Belgrads Straßen nicht mehr sicher.“ Worauf ihm die Belgrader Zeitung „Politika“ wütend antwortete, das einzige, wovor sich der Slowene fürchten müsse, sei „sein eigener Schatten“.

Bei so viel Mißtrauen und Haß besteht wenig Aussicht auf pragmatische Lösungen für den Bestand des Vielvölkerstaates, dessen Teile sich vor allem durch das kraß unterschiedliche Wirtschaftsniveau auseinandergelebt haben.

Der Lebensstandard im florierenden Slowenien ist ein Resultat nicht nur von mehr Fleiß und besserem technischen Know-how, sondern auch von einem Vorsprung an Mitbestimmung, Medienfreiheit und Demokratie, von größerer politischer Reife also. Das von seinen Serben umjubelte autoritäre System des Slobodan Milošević andererseits findet Nährboden in einer politisch unterentwickelten Gesellschaft, die sich von einem starken Mann die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Misere verspricht.

Ein Eingreifen der Militärs, denen ohnehin das Kommando-System des Serben viel näher steht als das komplizierte demokratische Kräftespiel der Slowenen, wäre das Ende von Titos Traum eines sozialistischen Vielvölkerstaates, es wäre der Beginn einer blutigen Diktatur.

Bislang glaubt man in Belgrad, an einer solchen Katastrophe vorbeizukommen. Die meisten rechnen damit, daß es, auch mit verändertem Personal, wie bisher weiter geht – bis zur nächsten, noch schärferen Krise.

ČSSR

Fünfte Garnitur

In einem Handstreich setzten die Konservativen in der Prager Führung die letzten Reformanhänger ab – ein Coup auch gegen Gorbatschows Perestroika.

Gleich zweimal hatte die Prager Führung ihr seit langem geplantes ZK-Plenum verschoben und jedesmal, weil zur gleichen Zeit der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow seine Spitzengenossen zu „richtungweisenden“ Treffen rief.

Vorigen Montag war es dann endlich auch für die kleinen Brüder in Prag soweit: Alle Beobachter rechneten damit, daß sich auch in der ČSSR die inzwischen altgewordenen Bremser, die seit Ende des Prager Frühlings das Land regieren, nach Moskauer Vorbild von der Macht verabschieden müßten.

Doch es kam genau umgekehrt: Parteichef Miloš Jakeš, 66, als Nachfolger des greisen, als Staatschef noch immer amtierenden Gustáv Husák, 75, erst seit zehn Monaten im Amt, teilte den versammelten Genossen in dünnen Worten den Rücktritt des ČSSR-Premiers Lubomír Štrougal, 64, und dessen Vertreter, des slowakischen Regierungschefs Peter Colotka, 63, mit.

Zusammen mit dem am nächsten Tag gleichfalls zurückgetretenen Außenminister Bohuslav Chňoupek, 63, galt das Trio in der von Parteikonservativen dominierten Prager Führung als Minderheitsfraktion, die, obwohl zögernd und ohne große Erfolge, für Reformen auch in der ČSSR eingetreten war.

Millionär wird Minister

Was in der ČSSR zur Zeit noch undenkbar wäre – der neue polnische Premier Mieczysław Rakowski setzte es in die Tat um. Er stellte dem Parlament in Warschau einen Dollar-Millionär als Kabinettsmitglied vor: Mieczysław Witczek, 56, Industrieminister. Der Privatunternehmer, auch Parteimitglied, hat sein Vermögen mit einer Futtermittel-Fabrik gemacht und verdient jetzt, zusammen mit einem kanadischen Partner, am Handel mit Edelpelzen. Zehn Regierungssämter im polnischen Kabinett sind mit neuen, überwiegend jungen Ministern besetzt. Vier Posten reservierte Rakowski für Parteiloze aus der „gemäßigten Opposition“, die bislang noch nicht zugesagt haben.



Prager Parteichef Jakeš
Posten für die Greise

Vor allem Štrougal, mit 18 Amtsjahren dienstältester Premier in Europa, hatte sich seit dem Wandel in Moskau wiederholt auch in der Öffentlichkeit für eine Modernisierung der ČSSR-Wirtschaft eingesetzt, „die ohne gleichzeitige Reformen in der Gesellschaft aber nicht funktionieren kann“ – Originalton Gorbatschow.

Der Rausschmiß der Reformer wurde von Jakeš mit Alter und Krankheit der Zurückgetretenen begründet und mit der „Notwendigkeit, neue führende Kader einzusetzen, um die drängenden Aufgaben eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus zu meistern“ – leere Worthülsen in Richtung Moskau.

Denn die Neuen, die Jakeš präsentierte, sind entweder die Ur-Alten oder handverlesene Jung-Konservative, die ihre Karriere der strikten Anpassung an den reaktionären Parteikurs zu verdanken haben: „Apparatschiks“, wie selbst Parteimitglieder zugeben, „der fünften Garnitur“.

Vor allem in dem scheinheilig nach Moskauer Vorbild umgebauten ZK-Apparat haben weiterhin jene Greise das Sagen, die 1968 ihrem Parteichef Alexander Dubček in den Rücken fielen und gegen die Prager Reformen die Sowjets zur Hilfe riefen.

So wird die neue ZK-Kommission für Beziehungen zum Ausland von dem berüchtigten Bremser Vasil Bilak, 71, geleitet, die für Rechtsfragen führt Alois Indra, 67, die für die Erarbeitung eines neuen Parteistatuts Karel Hoffmann, 64. Die neue Wirtschaftspolitik soll Jozef Lenárt, 65, bestimmen, und der Benjamin in dieser Altenriege, Jan Fojtik, 60, ist gleich für zwei Kommissionen zuständig: für Erziehung und Ideologie.

Jede dieser 15 ZK-Kommissionen wurde auf 50 Mitglieder aufgestockt, um auch die nachdrängenden Jung-Genossen zufriedenzustellen – insgesamt hat